

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das "Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen sowie "Welt und Zeit". Es ist Publikations-Organ der gemäßigten Arbeitervereine, Gewerkschaften und anderer Organisationen u. a. m. Druckort: Halle. Schriftleitung: Wernerstraße 4. Vertriebsstellen: Halle, Leipzig, Magdeburg, Merseburg, Naumburg, Regensburg, Weimar. Preis: 15 Pfennig. Einzelhefte: 5 Pfennig. Abonnement: 1 Mark 15 Pfennig. Ausland: 1 Mark 50 Pfennig. Postamt: Halle. Postfach: 100. Telephon: 100. Druck: Druckerei "Volksblatt", Halle. Druckjahr: 1929.

Bezugspreis monatlich 2,00 RM, u. 0,30 RM. Postgebühren, inbegriffen 2,30 RM, für Abholer monatlich 0,50 RM. Werbebelegpreis 2,50 RM, durch Vorbestellen ausb. 2,70 RM, bei direkter Bestellung an den Verlag 2,00 RM. Anzeigenpreis 13 Pf. im Anzeigen- und 20 Pf. im Belegteil der Württemberg. Druckerei "Volksblatt", Halle. Druckjahr: 1929.

Völkisch-kommunistisch-deutschnational-wirtschaftsparteiliches Quartett gemeinsam gegen Republikschutz

Republikchutzgesetz gefallen

Sturmrunen im Reichstag - Reichsinnenminister Severing kündigt unter dem Toben der Links- und Rechtsbolschewisten neue gesetzgeberische Massnahmen zum Schutz der demokratischen Republik an

Berlin, 23. Juni. (V.D.Z.)

In später Abendstunde wurde gestern die namentliche Abstimmung über das Republikchutzgesetz im Reichstag vorgenommen. Dafür stimmten die Regierungsparteien mit 263 Stimmen, dagegen die Linken, die Kommunisten und die Völkischpartei mit 166 Stimmen. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit ist also nicht erreicht.

Berlin, 23. Juni. (Robiomedung.)

Abgeordneter Graf, Mitglied der deutschnationalen Fraktion, kann kaum seine freudige innere Bewegung verbergen, als er verkündet: "Das Republikchutzgesetz ist gefallen!" Es ist zwar eine Mehrheit für das Gesetz, aber die notwendige Zweidrittelmehrheit fehlt. In die letzten Worte des Abgeordneten mischt sich schon der braufende Jubel der deutschnationalen, mischt sich das frenetische Wülfen der Nationalsozialisten, mischt sich das Jubelgeschrei der Kommunisten. Monarchisten, Kaiserfreier und Kommunisten haben sich verbündet, um mit Hilfe der politisch borniertesten Fraktion, der Wirtschaftspartei, dem Kaiserpartei und dem ganzen Republikchutzgesetz ein Ende zu machen. Dazu hat Wilhelm II., dazu hat allen Feinden der Republik! Das ist die Lösung dieser Koalition unter Schwarzweissrot, unter Kaiserfreier und Kommunisten.

Wer schon tritt Reichsinnenminister Severing an die Tribüne. Er begrüßt Monarchisten und Kommunisten springen auf, drängen vor und brüllen den Beschluß der Republik nieder. Der ganze Saal gegen den Mann entzündet sich in empörten Stürmen. Wieder Kommunisten und deutschnationale in einem Gefühl, in einem Ruf: Wieder mit Severing! Die Kommunisten schreien das ganze Arsenal ihrer Schimpfworte gegen den Minister. "Arbeiternörder", "Mordhund" heißt es immer wieder aus der kommunistischen Ecke. Der deutschnationale Abgeordnete, unfähig bis zum Neufachen, verliert seinen Sitz. Die Sitzung ist unterbrochen.

In der Pause kommt es zu leidenschaftlichen Ausritten zwischen Abgeordneten der Wirtschaftspartei, des Zentrum, der Demokraten und der Sozialdemokraten. Der Reichsminister Wirth macht den Führer der Wirtschaftspartei, Dr. Wredt, verantwortlich für diesen schwarzen Vogel. Wredt weicht nicht zurück. Er sagt: "Die Wahlen sind ein Streik, wo sie auch sein mögen." Wredt versucht, sich auf Wredt'schen Sozialdemokratische Abgeordnete hatten den dreifachen Dolor von einem tätlichen Angriff ab.

Inzwischen ist es abgeklungen dem Präsidentenstuhl erschienen. Er kündigt scharfe Maßnahmen an, wenn Abgeordnete den Minister an Reden behindern werden. Severing spricht leidenschaftlich bewegt. Er kündigt an, daß die Republik die gesetzgeberische Arbeit, die den letzten Tag verfallen habe, so rasch als möglich ausführen müsse. Er habe die Absicht, schon in der Sommerferien des Parlamentes einen Gesetzentwurf vorzulegen. (Stürmischer Beifall)

beiden Sozialisten und in der Mitte). Dann nimmt sich Severing den kleinen Führer der Wirtschaftspartei, den Berliner Vätermeister Drewnig, vor. Gerade Herr Drewnig, dessen Partei jetzt das Gesetz zu Fall brachte, hat im Jahre 1923 von Severing auf Grund des Republikchutzgesetzes die härtesten Maßnahmen verlangt. Severing schließt gegen die Rechte gerichtet. "Rechtlos sind die Reichsregierung und die Bundesregierungen auch jetzt nicht, noch bietet uns die Verfassung Waffen gegen die Feinde der Republik." "Minutenlang rufen Sozialdemokraten Beifall. Die Kommunisten schreien "Rot Front". Das Haus ist in großer Erregung.

Nach einigen Zwischenfällen über die Auslegung der Geschäftsordnung wird eine Debatte über die Erklärung Severing's eröffnet. Der Kommunist Wied hält eine marxistische Rede. Er kündigt den bewaffneten Kampf an, natürlich nur unter dem Schutze der Immunität. Wenn dann kommunistische Anhänger den politischen Sansonett ernst nehmen und zur Waffe greifen, wird Herr Wied ebenfalls nicht verärgert, daß nur eine verkehrte Seite der Politik vorliegt. Der wirtschaftsparteiliche Führer Dr. Wredt hielt eine Rede, die diejenigen Abgeordneten nicht ganz unrecht gibt, die ihn zurufen, der Politiker Wredt habe ein Recht vor dem Kopf! Er erklärt, seine Partei habe das Republikchutzgesetz zu Fall gebracht, weil die Regierungspartei bei der getragenen Verhandlung einer bodenreformistischen Entscheidung in der Form nicht genug Rücksicht auf die Wirtschaftspartei genommen hätten. Wredt eine Partei, welche eine Partei-Führung: Wredt diesem Staatsanwalter-Politiker nicht genug geschuldet worden ist, übernimmt er die Verantwortung, aus kleinlicher Eitelkeit und jämmerlichem Rachegedahl, für den Sturz des Republikchutzgesetzes! So etwas nennt sich eine deutsche Partei. So wird in Deutschland Geschichte gemacht.

Damit dieser Tag den lächerlichsten Abschluß fand, nimmt noch der Schmierensfondant des Reichstages, der Nationalsozialist Straffer, das Wort. Mit diesem Bierhah grüßt er in das Haus: "Lieber sterben, als unfrei leben!" Nun lacht wirklich der ganze Reichstag, denn man weiß ja, daß dieser Mann mit der Parole: "Lieber tot als unfrei" nicht einmal den Mut aufbringt, an Geschäftsstelle zu erscheinen.

Damit ist die Debatte über Severing's Erklärung erledigt. Es bleibt bei seiner Ankündigung, das neue Gesetz wird kommen. Seine Rede lassen sich die Kommunisten noch zum Schluß; ihr Thaumum ruft dem Minister Severing zu: "Gesetzstump!" Wredt selbst hat die Erklärung sofort aus dem Saal. Geheißer geht nicht vor der allerhöchste Reichsleiter aller deutschen Weltrevolutionäre hinaus, sondern die übrigen Felben von "Rot Front" folgen ihm ohne Ausnahme, dieselben Personen, die eben erst den blutigen Aufstand verurteilt hatten. Raum oder sind sie brauchen, so scheinen sie einer noch dem anderen wieder hinein. Warum? Er hatte sich das Recht vorbehalten, es habe noch eine namentliche Abstimmung bevor. Wredt hat dabei an dem Saale, so lacht das pro Rufe 25 RM, und (selbst) ist denn doch die ganze Weltrevolution nicht wert. ... In mitternächtiger Stunde war das Parlament noch verjammelt. Allmählich dämpfte die Erregung.

Ferienbeginn im Reichstag. Heute früh 1 Uhr.

Berlin, 23. Juni. (V.D.Z.)

In der Nachtigung des Reichstages wurde in dritter Lesung endgültig die Vorlage über den Fernverkehrsgesetz und über die Aufhebung der Wehrpflichten angenommen. Mit der Eröffnung, daß die bisherige Relation zwischen Wehr- und Wehrpflichten erhalten bleibt, und bei Vermehrung der Wehrpflichten der Ermüdung des Wehr- und Wehrpflichten angepaßt werden sollen.

Um 1 Uhr morgens ging der Reichstag in die Sommerferien, die freilich schon im August durch die für die Beratung des Berliner Verordnungsgebühres notwendige Sondertagung unterbrochen werden sollen.

(Anfang des Reichstagsberichts Seite 2.)

Ist Büngers Wahl ungültig? Seid's Meinung.

Der "Volksstaat" meldet, daß der ehemalige Ministerpräsident Seid den zweiten Wahlgang im Landtag, durch den Büngers Wahl für gültig erklärt worden ist, für ungültig erklärt.



Ministerpräsident Bünger.

Die Wahl, weil Bünger selbst an der Wahl teilgenommen hat. Seid habe Büngers dabei nicht wissen lassen, daß er es für seine Pflicht halte, ihm das Ministerium nicht zu übergeben.

Seid bezieht sich auf eine Bestimmung, nach der ein Abgeordneter nicht mitstimmen darf, wenn es sich um seine Person handelt. Tatsächlich war es bisher so, daß ein Abgeordneter nicht mitstimmen durfte, wenn über die Gültigkeit seines eigenen Mandats entschieden wurde. Seid vertritt offenbar die Meinung, daß das gleiche auch gelten müßte, wenn über die Gültigkeit der Wahl eines Abgeordneten entschieden wird. Aber selbst wenn Seid infestem Alter die Gültigkeit seiner Wahl nicht hätte bitten müssen, so ist damit noch nicht gesagt, daß die ganze Abstimmung über die Gültigkeit der Wahl ungültig ist. Auch wenn man von der Wahlgültigkeit die sich bei der Abstimmung erheben sollte eine Stimme Büngers abgeht, so bleibt immer noch eine Mehrheit von 48 gegen 47 Stimmen für Büngers.

10 Jahre Versailles

Halle (Saale), den 23. Juni.

Heute sind 10 Jahre seit der Unterzeichnung des Versailler Diktatfriedens vergangen. Die Entente hat die unerfüllbaren Forderungen an Deutschland in der Hauptsache auf den Paragrafen des Diktates gegründet, daß Deutschland sich unterwerfen mußte. Das deutsche Volk hat die Alleinverantwortung niemals anerkannt, und die erzwungene Unterzeichnung des Diktats bedeutet ebenfalls keine Anerkennung. Die größte deutsche Partei, die Sozialdemokratie, hat seit 1919 gemeinsam mit den sozialistischen Arbeiterparteien aller am Kriege beteiligten Länder immer wieder betont, daß von der Alleinverantwortung irgend eines Volkes keine Rede sein könne, daß aber auch die Behauptung von der Schuldlosigkeit dieses oder jenes Staates in das Gebiet der Fabel zu verweisen sei.

Inszwischen haben einige Staaten, darunter Deutschland, ihre Archive geöffnet. Neues Material ist zu allem bekannt geworden, und das Ergebnis dieser Archivforschungen bleibt, obwohl Frankreich sich bis zur Stunde nicht hat entschließen können, entsprechende Aktenpublikationen vorzunehmen, daß alle in Frage kommenden Staaten ein leider ausreichendes Maß von Schuld an der Katastrophe von 1914 bis 1918 tragen. Für uns Sozialisten, die wir die enge Verknüpfung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen der gesamten Kulturwelt und die Bedeutung des ökonomischen Nebeneinander- und Gegeneinanderarbeitens im Kapitalismus kennen, ist der Erkenntnis, daß dieser Kapitalismus die Völker mit und ohne deren Zustimmung aufeinander hebt, um sie dann schuldig werden zu lassen, fast eine Einsicht wahrhaftig.

Bezeichnend ist, daß in Deutschland diejenigen heute das schärfste Gehörs über die sogenannte Kriegsschuld aufstimmten, denen eine schwere Schuld am Ausbruch und an der Verlängerung des Krieges nicht abgesprochen werden kann. In diesen Tagen veranstalten fast überall deutschnationale und rechtsradikale Wehrorganisationen öffentliche Kundgebungen gegen den Versailler Vertrag und gegen die Kriegsschuldigen. Man hat sogar versucht, Reichspräsidenten und Reichsregierung in diese Kampagne mit einzuziehen. Sehen wir unter ihnen die Gestalten aus der Vorkriegszeit, die mit Gewalt auf einen Krieg hinarbeiteten, jede Nation außerhalb Deutschlands als in der Welt erzwungen erklärten und die Auffassung Wilhelm II. bei den Chinesen wie die Sunen zu halten, mit Jubelgeschrei begrüßten. Wir sehen unter ihnen die Gestalten, die im Krieg proklamierten, daß die alleinigen Schuldigen alles beschuldigen würden, und daß Deutschland und Verbund, die hanfrische Rüste, Belgien, Polen, Estland, Lettland, Litauen dem Deutschen Reich einverleibt sei und die Sowjetunion nicht als ein unabhängiges, sondern als ein deutsches Gebiet angesehen werden sollte, diese Gestalten, die heute die Courage, gegen Ver-

Diese Geister, die eine halbe Welt unter den künftigen preußischen Kommunisten treten wollten, haben heute die Courage, gegen Ver-

Der Fememörder auf freiem Fuß

Sanktionierung von Oberleutnant Schulz

Berlin, 28. Juni. (W.D.Z.) Die Vollstreckung des Todesurteils gegen Schulz, der sich seit dem 30. März 1935 ununterbrochen in Haft befindet, aus ärztlichen Gründen erforderlich. Demgemäß hat die Staatsanwaltschaft mit Zustimmung des preussischen Justizministers die Strafverfolgung gegen Schulz wegen gegenwärtiger Gefährlichkeit einstellen unterbrochen und ihn aus der Haft entlassen.

Die Vollstreckung des in anderer Sache gegen Schulz bestehenden Todesurteils ist demnach abgesehen von der durch Verfügung der Strafammer des Landgerichts III getätigten Verfügung vom 31. März 1935 von 60 000 M. abgenommen worden.

Zug der Abstimmungen

Bürgerliche Reichstagsmehrheit für zweite Panzerkreuzer- und Seerechtsänderungen gegen die Stimmen der SPD. verabschiedet

Berlin, 28. Juni. (W.D.Z.) Der Reichstag hat am Donnerstag den 27. Juni die zweite Rate für den Panzerkreuzer A mit 240 gegen 172 Stimmen bei 9 Enthaltungen beschlossen. Wie schon bei der zweiten Beratung stimmte die sozialdemokratische Mehrheit gegen die zweite Rate für den Panzerkreuzer A, während die sozialdemokratischen Mitglieder gehalten waren, in Ausführung des Beschlusses der Reichstagsmehrheit für die Beibehaltung zu stimmen. Auf Antrag der Regierung wurden 4,5 Millionen Reichsmark für die Reichsarbeiter bewilligt. Bei einem Antrag der Regierungspartei auf Bewilligung von 6 Millionen Reichsmark für die Deutschen Reich in Kiel hielt der sozialdemokratische Abgeordnete Wolf eine scharfe Rede gegen die Deutschen Reich und gegen die Sozialdemokratie. Dr. Berg von der Sozialdemokratie warf ihm vor, daß God nicht als Volksvertreter, sondern als Direktor eines Konkurrenzunternehmens gegen die Deutschen Reich gesprochen habe. Durch große Zustimmung wurde die Sozialdemokratie durch den Reichstag gezwungen, auf den nächsten Woche noch zurückzukommen, weil die Sozialdemokraten ihren Einspruch aufrecht. Der Gegenstand wurde abgelehnt.

Das Haus trat dann in die Beratung eines Gesetzentwurfes zur Lohnsteuer ein. Dieser Gesetzentwurf hat den Zweck, die Lohnsteuer von 1935 herabzusetzen, soweit die Lohnsteuer übersteigt. Ziel dieses Gesetzes ist es, die ersten 15 Millionen Reichsmark für die Knappheitsüberwindung und etwaige weitere Lebenshilfe für die Invalidenversicherung aufgewendet werden. Raum hat Dr. Berg in diesem Hause gesprochen und kaum war ein Wort noch nicht beendeter Antrag der Kommunisten zu dieser Frage eingeleitet, als Graf Westarp einen geschäftsordnungsähnlichen Gegenstand gegen die Sozialdemokratie einbrachte. Er verlangte Einspruch gegen die Beratung, weil die Stimmen der Sozialdemokraten nicht gemeldet waren. Nach einigen Min. und der wurde die Sitzung bis 12 Uhr mittags ausgesetzt. Man mußte eine Vertiefung suchen, weil bei den abgelaufenen Abstimmungen in der dritten Beratung des Reichstags die Sozialdemokraten die Diskussion nicht gelehrt gemacht haben würde.

In der am 12 Uhr wieder eröffneten Sitzung verlas Graf Westarp über die Einigung der Fraktionen über den Entwurf des Gesetzes über die Republikverfassung und das Staatsgesetz nach dem diesem Tage vorzunehmen. Die Verhandlungen wurden nun mit der dritten

faillit zu demonstrieren und auf die Sozialdemokraten zu schimpfen, weil diese am 28. Juni 1935 den Hut und das Verantwortlichkeitsgefühl aufhoben, der Versailles Vertrag zu unterzeichnen und die geplante Zerschlagung Deutschlands durch Clemenceau zu begünstigen. Die Sozialdemokratie handelte in dem selben Glauben, daß schon die Geschichte der nächsten Jahre die erforderliche Revision vornehmen würde.

Wer historischen Sinn hat, vergewissert sich die Situation von 1919, als die deutsche Friedensdelegation hinter Bretterjahren in Versailles abgelehrt sitzen mußte. Eine ausgezeichnete Schilderung dieser Zeit gibt Viktor Schif in seinem kürzlich im Verlage v. W. Dieck Nachfolger Berlin erschienenen Buch: „So war es in Versailles.“

Man vergleiche diese erste Nachkriegs-Fühlungsnahme Deutschlands und der Entente mit den feierlichen Empfängen, die den deutschen Delegierten heute auf allen Konferenzen mit den ehemaligen Gegnern bereitet werden. Man denke daran, daß dem deutschen Volk durch die unter Epfens aufgenommenen und durchgeführten Verhandlungen in jedem Jahre neue Entscheidungen in der Reparationslast genehmigt sind, daß er der vor einigen Wochen abgeschlossene Young-Plan die ursprüngliche Dames-Jahresleistung um 700 Millionen kürzt, und daß diese Entwidlung bestimmt zugunsten des deutschen Volkes anläßt. Allerdings nur so lange anläßt, wie das deutsche Volk vernünftig und im Sinne des Friedens geleitet wird.

Darum muß die Nation am heutigen 10. Jahrestage des Versailles-Vertrages keinen heftigen Wunsch haben, daß Deutschland niemals wieder von den Deutschen regiert und geführt werde, die heute unter falscher Maske auf die Unterzeichnung des Versailles-Vertrages schimpfen, während sie selbst als die moralisch Hauptschuldigen am Unglück des deutschen Volkes angeprangert werden müssen.

In das deutsche Volk!

Rundgebung von Reichspräsident und Reichsregierung am 10. Jahrestag der Unterzeichnung des Versailles-Vertrages

Der von dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung anlässlich der zehnjährigen Wiederkehr der Unterzeichnung des Versailles-Vertrages, „An das deutsche Volk!“ gerichtete Aufruf hat folgenden Wortlaut:

„Der heutige Tag ist ein Tag der Trauer. Zehn Jahre sind verflossen, seitdem der Versailles-Friedensvertrag in Kraft getreten ist. In diesen Jahren hat die Unterzeichnung unter einer Unruhe zu stehen, die für alle Freunde des Rechts und eines wahren Friedens eine bittere Enttäuschung bedeutet. Zehn Jahre laßt der Vertrag auf allen Schichten des deutschen Volks, auf Geistlichen und Laien, auf den Werk der Arbeiter und des Bauern. Es hat jäh und angestrengt Arbeit und einmütigen Zusammenstehens aller Teile des deutschen Volkes bedurft, um wenigstens die schwersten Auswirkungen des Versailles-Vertrages abzumildern, die unter Vorkriegsbedingungen in seinem Dasein bedroht und das mit-

*) Dieser Schritt: „So war es in Versailles.“ Mit Beilagen von Otto Schott, Hermann Bredow, Friedrich Schuler, Gerhard J. D. W. Dieck, Berlin 1935. 68. 20 Seiten. Preis 3,- M.

schädliche Seelethen ganz Europas in Frage stellen. Deutschland hat den Vertrag unterzeichnet, ohne damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei. Dieser Vorwurf läßt unser Volk nicht zur Ruhe kommen und stört das Vertrauen aller Nationen. Wir wissen uns ein mit allen Deutschen in der Durchführung der Schutzpflicht der allernächsten Schicksal Deutschlands am Krieges und in der besten Überzeugung, daß dem Geiste eines wahren Friedens, der nicht auf Diktanden, sondern nur auf der Übereinstimmung und friedlichen Überzeugung freier und gleichberechtigter Völker beruhen kann, die Zukunft gehört.

Berlin, den 28. Juni 1935.
Der Reichspräsident
gen. von Hindenburg.
Die Reichsregierung
gen. Müller.
gen. Stresemann, gen. Groener, gen. Curtius,
gen. Dr. Brüning, gen. Dr. Brüning, gen. Brüning,
gen. Dr. Brüning, gen. Brüning, gen. Brüning,
gen. v. Guericke, gen. Dr. h. e. C. C. C.

Preussischer Landtag.

Der Preussische Landtag übernahm am Donnerstag den 27. Juni den Antrag der Deutschen Volkspartei über die Sperrung der Kassaabrechnung der Kassenbeiträge gegenüber dem Landwirtschaftsverband Ostpreußen ohne Ausnahme des Hauptauschusses.

Das Haus befaßte sich dann mit dem sozialdemokratischen Antrag, die Zahl der Mitglieder des bereits eingeleiteten Untersuchungsausschusses zur Überprüfung der Kreditbewilligung der Bauvereine an die Landbau- und Kassenvereine-Gesellschaften und deren Kreditgewährung auf 15 festzusetzen. Die Reichsregierung beantragte, die Zahl der Mitglieder des Untersuchungsausschusses auf 21 festzusetzen. Beide Anträge wurden abgelehnt. Hierauf stellten die Sozialdemokraten den Antrag, die Zahl der Mitglieder des Ausschusses auf 29 zu erhöhen. Dieser Antrag wurde mit Mehrheit von den Regierungsparteien und Kommunisten gegen die Reichsparteien angenommen. Die Reichsparteien beantragten den Antrag gestellt, den Ausschuss mit 21 Mitgliedern zu besetzen, weil sie hoffen, daß dieser Zusammensetzung die Mehrheit des Ausschusses zu erlangen und stimmten dem Antrag gegen die Reichsparteien mit 15 und 29 Mitgliedern.

Anschließend wird in zweiter und dritter Lesung ohne Ausnahme des Gesetzentwurf zur Einführung eines weiteren Disziplinarrechts bei dem Oberverwaltungsgericht gegen die Stimmen der Reichsparteien angenommen.

Nächste Sitzung Montag, den 1. Juli, mittags 12 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge über die Vorlage der Grenzvertrag und der Staatsvertrag mit der Türkei.

Lubenorffs Forderung.

Die Forderung Lubenorffs scheint sich jetzt zu vollenden. Wie man erfährt, ist vor wenigen Wochen die Reichsorganisation des Frontkriegerbundes, die bisher zu den treuesten Anhängern des Generals zählt, aus dem von Lubenorff gegründeten und geleiteten Zammerebund ausgetreten. Dieser ist damit zu einer hoffnungslosen Splittergruppe herabgesunken. Lubenorff hat das Amt eines Ehrenpräsidenten beim Frontkriegerbund inzwischen niedergelegt.

Alt-Heidelberg, du feine!

Vormittags in einem Heidelberger Café. Geschäftstreibende wählen in ihren blassen Wangen, streben Auftragsarbeiten aus, trüben schnell einen Schmal Kaffee dampfen und sitzen davon. Die neuesten Handelsnachrichten werden überlesen und beiseite. In einer Ecke sitzen ein paar Studenten — Mitglieder eines katolischen Vereins und, obwohl dunkelhaarig, durchaus von arischem Dupus — in den Zeitungslässern. Jeder Gost ist mit sich selbst beschäftigt. Man hört kaum ein lautes Wort.

Da pöfem drei neue Gäste herein. Studenten in Kriegsbemalung und mit prosopierenden Gesichtern. Leute, denen man fundamental, um ein Wort eines modernen Kritikers zu variieren, in die Pfeife bauen könnte. Das Terzett nimmt neben den beiden Studentinnen Platz. Trompetenstimmen schmeitern durch den Raum. Die Gäste werden aufmerksam. Die beiden Damen bilden von ihrer Seite auf. „Kannst du den neuen Wein trinken?“ fragt einer der Kurstocherinnen zu den anderen hinüber. Sie kennen ihn natürlich nicht. Die Gelegenheit ist günstig. Run packt der erste aus. So laut, daß es jeder hört. Eine Minute sieht man sich wohnungsgewöhnlich im Dred. Triumphierend wird der atombelagerte Resistor in die Runde, allgemeinen Beiläufiges gemischt.

Da, was ist das! Eine der Damen, die sich von den Schmeizernin verdeckt zueilt, mozt es, ihm einen verdächtigen Blick zuzuwenden. 3 M! Der geduldige Vierfeldler spielt vor Verlegenheit und Wut ins Ultraviolette hinüber. Dann gibt sein Diabant. „Schnell, gehen!“ — Tief beiläufig stehen die Herren auf. „Oben“, sagt der eine mit häßlichen Schreien auf die junge Dame, „wir würden ja noch länger bleiben, aber hier sieht es so sehr nach Juden!“ — Schallendes Gelächter ist die Antwort. Unter allgemeiner Beiläufigkeit der Gäste treten die drei Stimmens den Mädchen aus der beschlossenen Pöbel. Erst an der frischen Luft gewinnen sie sich verlockende gegangene Fassung wieder. Mit Würde flanzieren sie an den Pfeifern vorbei. Dann streifen sie in ein nahegelegenes Bierlokal, unsere aufzünftigen Staats-

amante, Richter, Regierungsräte, oder was weiß ich! Reis.

Original und Reproduktion.

Die Kellner-Gesellschaft in Hannover veranfaßte in diesen Tagen eine Ausstellung unter dem Titel „Original und Reproduktion.“ An Gegenüberstellungen originaler Kunstwerke, wie Kunstwerke, Skulpturen, Handzeichnungen, Malereien und Miniaturen, mit den entsprechenden Reproduktionen vermochte man zu zeigen, wie ein weiches Kollieren die heutige Reproduktionstechnik gelangt ist. Dabei war es besonders lehrreich und interessant, zu beobachten, daß man in einzelnen Fällen tatsächlich eine geradezu originaltreue Nachbildung erreicht hat, die eine Unterbrechung vom Original beinahe unmöglich macht. Wo aus technischen Gründen und wegen des Materials eine herabgesetzte Reproduktion nicht möglich war, hat man sich mit Erfolg darum bemüht, nicht mehr, wie gelehrt noch, wenigstens eine Annäherung an das Original zu versuchen, die im Grunde doch nur eine falsche Färbung vermittelt, sondern mehr das wesentliche herauszubekommen, das den Charakter des Kunstwerks ausmacht. An dieser ungemein verdienstvollen Zusammenstellung waren Druckereien und Formereien mit Reproduktionstechnikern und Museen und Privatmuseen mit Beigabern beteiligt.

Zirkusluft.

Man erzählt der „Wolff. Ztg.“: Bernard Shaw, der jeden Abend während des Winters und jetzt auch im Sommer verkehrt, hat eine besondere Vorliebe für ein bestimmtes Londoner Restaurant wegen der dort herrschenden großen Ruhe. In dem Restaurant bittet, erzieht er es in seinem Erlaunen und Gesäßen, das mit anderen seiner Majestät eine Musikpöbel zu spielen beginnt. Nach dem ersten Stück kommt der Kapellmeister, von Reiner auf den Musikern Gest aufmerksam gemacht, zu Shaw und fragt eheerzichtig, was er „Domino“ ererbe.

Prof. Dr. v. Beckmann,

D'Annunzio ein Seeräuber?



Das Appellationsgericht in Turin verhandelt derzeit in einer Prozesssitzung, in der die Sabotage d'Annunzio gegen die Anknüpfung der Brite in der Besatzungsgefahrhaft und den Anführern der Polizei gegen den Dichter angeklagt, der im September 1920 den von Catania nach Buenos Aires bestimmten Dampfer „Cognac“ gelapert hatte. Die Besatzung erfolgte durch sieben Legionäre d'Annunzio, die sich als blinde Passagiere an Bord des Schiffes gesellen hatten. Sie zwangen den Kapitän, das Schiff nach Fiume zu bringen, das damals unter der strengen Blockade der italienischen Regierung stand. Zur Beteiligung des Dichters wies d'Annunzio Rechtsvertreter darauf hin, daß die Besatzung nur als Sabotage und Verhaftungsmassnahme gegen die Regierung beurteilt werden könne, die sich ereignet hatte, das Ministerium der Finanzen anerkennen, das die Vereinigung mit Italien forderte. Die Anklage gegen den Dichter lautet auf Seeräuberei auf hoher See. Das Urteil soll Ende Juni gefällt werden.

Allegorie Geneseprieten.

Das Appellationsgericht in Turin verhandelt derzeit in einer Prozesssitzung, in der die Sabotage d'Annunzio gegen die Anknüpfung der Brite in der Besatzungsgefahrhaft und den Anführern der Polizei gegen den Dichter angeklagt, der im September 1920 den von Catania nach Buenos Aires bestimmten Dampfer „Cognac“ gelapert hatte. Die Besatzung erfolgte durch sieben Legionäre d'Annunzio, die sich als blinde Passagiere an Bord des Schiffes gesellen hatten. Sie zwangen den Kapitän, das Schiff nach Fiume zu bringen, das damals unter der strengen Blockade der italienischen Regierung stand. Zur Beteiligung des Dichters wies d'Annunzio Rechtsvertreter darauf hin, daß die Besatzung nur als Sabotage und Verhaftungsmassnahme gegen die Regierung beurteilt werden könne, die sich ereignet hatte, das Ministerium der Finanzen anerkennen, das die Vereinigung mit Italien forderte. Die Anklage gegen den Dichter lautet auf Seeräuberei auf hoher See. Das Urteil soll Ende Juni gefällt werden.

Allegorie Geneseprieten.

Das Appellationsgericht in Turin verhandelt derzeit in einer Prozesssitzung, in der die Sabotage d'Annunzio gegen die Anknüpfung der Brite in der Besatzungsgefahrhaft und den Anführern der Polizei gegen den Dichter angeklagt, der im September 1920 den von Catania nach Buenos Aires bestimmten Dampfer „Cognac“ gelapert hatte. Die Besatzung erfolgte durch sieben Legionäre d'Annunzio, die sich als blinde Passagiere an Bord des Schiffes gesellen hatten. Sie zwangen den Kapitän, das Schiff nach Fiume zu bringen, das damals unter der strengen Blockade der italienischen Regierung stand. Zur Beteiligung des Dichters wies d'Annunzio Rechtsvertreter darauf hin, daß die Besatzung nur als Sabotage und Verhaftungsmassnahme gegen die Regierung beurteilt werden könne, die sich ereignet hatte, das Ministerium der Finanzen anerkennen, das die Vereinigung mit Italien forderte. Die Anklage gegen den Dichter lautet auf Seeräuberei auf hoher See. Das Urteil soll Ende Juni gefällt werden.

Dalleles Theater- und Kunstleben.

Die Besatzung des Appellationsgerichts in Turin verhandelt derzeit in einer Prozesssitzung, in der die Sabotage d'Annunzio gegen die Anknüpfung der Brite in der Besatzungsgefahrhaft und den Anführern der Polizei gegen den Dichter angeklagt, der im September 1920 den von Catania nach Buenos Aires bestimmten Dampfer „Cognac“ gelapert hatte. Die Besatzung erfolgte durch sieben Legionäre d'Annunzio, die sich als blinde Passagiere an Bord des Schiffes gesellen hatten. Sie zwangen den Kapitän, das Schiff nach Fiume zu bringen, das damals unter der strengen Blockade der italienischen Regierung stand. Zur Beteiligung des Dichters wies d'Annunzio Rechtsvertreter darauf hin, daß die Besatzung nur als Sabotage und Verhaftungsmassnahme gegen die Regierung beurteilt werden könne, die sich ereignet hatte, das Ministerium der Finanzen anerkennen, das die Vereinigung mit Italien forderte. Die Anklage gegen den Dichter lautet auf Seeräuberei auf hoher See. Das Urteil soll Ende Juni gefällt werden.



Unsere Mädel werden verklärt

Es ist noch fürchterlich! Nicht genug, daß uns Verfallener Betrug, Dones- und Young-Plan verklärt haben, sogar unsere deutschen Frauen müssen sich unter das Joch des Amerikaners beugen.

Mit den Seitenkräften hing es an. Bis Kriegsende hätte das deutsche Mädchen und die deutsche Frau ihre Beine in solche weiche oder bannweilige Futtersäcke. Dann hat die Verfälschte Eitendebatte mit der Besatzungsmacht über den Rhein. Heute geht die weiße Frau nur in feinen oder hübschen, natürlich das süßhafte Fleisch extra beladenen beifärbigen Strümpfen! Der schönen Eitendebatte folgte die unmoralische Verkünderin des Kindes. Da war der Puffschiff hoch ein Reck, der ließ die französische Eitendebatte nicht zu!

Aber bei uns griff die Verwerfung weiter um sich. Bald hatte jedes deutsche Mädchen eine Kostüm- und ein Kostümchen. Die Westmüllerei ist eine französische Rationalisierungsbedeutung. Die Alpenjäger, eine französische Eitendebatte, tragen sie sogar als Uniform. Welche Schmach des Jahrhunderts! Deutsche Frauen in weißen Mädel!

Fragebogen (siehe weiße Frauen) in Deutschland durch den Amerikaner zur Amerikanisierung gezwungen. Deutschland ist an das amerikanische Kapital verfallen, so sagen die Rationalisten. Die amerikanische Damesonne fröhlich über Deutschland. Der amerikanische Young-Plan verzerrt die amerikanische Schuldverhältnisse. Aber damit begnügen sich die Amerikaner noch nicht einmal! Jetzt verfallen sie den Besatzung der deutschen Frauen!

Was nicht schon der Verlust einer amerikanischen Gründung? Man haben es die Amerikaner dazu gebracht, daß die gebildeten Mädchen teutonischer Frauen von amerikanischen Rationalisierungs- und Besatzungsmächten genommen. Jede Frau wurde durch einen Mann für ein halbes Jahr auf der Straße! Keine und Große, Alte und Junge, Schöne und Hässliche, alle durch die Hand ziert das in allen Farben leuchtende Röhren, das man bisher nur aus den amerikanischen Grosesstimmen kannte. Duffel Katon hätte seine helle Freude daran!

Doch wir alten, echten Deutschen, wir verwerfen an nationalen Wesen der deutschen Frau! Die Schande überleben sie nicht. —ix.

Verkehrsunfälle.

Gestern nachmittag stießen an der Ecke Wetzlarer- und Berlinerstraße zwei Personenkraftwagen zusammen. Beide Fahrzeuge wurden stark beschädigt. In der Wetzlarerstraße wurde ein Personenkraftwagen von hinten gegen einen halben Bakkaratowagen. Beim Überqueren der Eisenstraße wurde ein Mann von einem Hochfuhrer umgestoßen. Dem Mann wurde der Kopf zertrümmert. In der Weiskraßstraße wurde ein Personenkraftwagen einen Arbeiter von hinten an, dabei erlitt das Rad einen erheblichen Schaden. Auf der Ellisenstraße wurde ein Arbeiter von einem Motorrad ebenfalls von hinten angefahren. Rad und Arbeiter mußten dabei weichen lassen.

Hühnermarder gefast.

Ein in Belgien beheimatetes Hühnermarder scheint als ganz besondere Spezialität das Hühnerfleisch zu betreiben. Die Frau ließ bei einem Bankrott in Wien ein Hühnermarder werden bei einem Einbruch nicht weniger als 22 Hühner (Weiße Hühner). Auf dem Hauptbahnhof in Halle wurde dann die schone Hühnermarder festgenommen. Die Hühner noch 13 Hühner bei sich, vier Hühnerchen ohne Hühner in der Pfanne. Bei Herrn Gemann in Belgien fand man weitere vier Hühner. Die Untersuchung in dieser Angelegenheit ist bereits eingeleitet worden.

Einbruchverbot. Heute früh wurde das Überfallkommando nach der Köpplerstraße gerufen. Hier war in einer Wohnung ein Einbruch verübt worden. Der Täter wurde sofort festgenommen. Die Täter waren durch einen Hausbesitzer, der durch Geräusche auf sie aufmerksam geworden war und aus einer Wohnung einige Schreie hörte, abgelenkt worden. Auf der Straße gefangen sie die Schützen der zum Garten führenden Tür.

Sängerfest des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes. Wie aus dem heutigen Anzeigenteil ersichtlich ist, veranstaltet der Bezirk Halle des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes am Sonntag, dem 30. Juni, in Zusammenarbeit mit dem Reichsverband der Deutschen Arbeiter-Sänger, ein Sängerkonzert im Saal des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes. Die Veranstaltung wird von 9 bis 11 Uhr abends stattfinden. Die Eintrittspreise sind 1,40 (— 0,7 Pro.). Lebensversicherung eine Beteiligung und Söldnerbeitrag 1,40 (— 0,7 Pro.). Ernennung 1,40 (— 0,7 Pro.). Beteiligung und Lebensversicherung 1,80. Söldnerbeitrag 1,80.

Die holländische Lebensversicherungsgesellschaft hat das statistische Amt der Stadt Halle nach dem Stande vom 30. Juni 1932 wie folgt berechnet: Gesamtbevölkerung 1.52 (ohne Bevölkerungsgesellschaft der Gemeinde), Lebensversicherungspflichtige Bevölkerung 1,49 (— 0,7 Pro.). Lebensversicherung eine Beteiligung und Söldnerbeitrag 1,40 (— 0,7 Pro.). Ernennung 1,40 (— 0,7 Pro.). Beteiligung und Lebensversicherung 1,80. Söldnerbeitrag 1,80.

Wiederwahl Dr. Rives

haarscharfe Zweidrittelmehrheit im hallischen Stadtparlament

Im denkschriftlichen Bericht wurden von 3 Stadtvorordneten 3 Sozialdemokraten gewählt

Halle, den 28. Juni. (H.)

Die außerordentliche Sitzung der Stadtvorordneten am Donnerstagmittag wählte mit 38 Stimmen Dr. Rive wieder zum Oberbürgermeister. 17 Stimmen fielen auf den kommunistischen Kandidaten Wilhelm Roenen, ein Fettel war unbeschrieben. Dr. Behje (Dem.) fehlte.

Die Sitzung war auf 1/2 Uhr nachmittags angesetzt. Vorher tagte eine nichtöffentliche Sitzung. Nach Fertigstellung der Besetzung der 17 Stimmplätze waren sehr stark besetzt — wurde zunächst der Kandidat des ausgehenden Stadtvorordneten Dr. Gunt, Herr Prof. Geyer, eingeführt und vom Magistrat begrüßt. Die Eingangsrede war vollständig bis auf Fräulein Behje. Es war schon bei den letzten Abstimmungen aufgefallen, daß diese demokratische Stadtvorordnete aus der Reihe des Ordnungsbüros tanzte. Das hätte man gestern auch in bürgerlichen Kreisen ganz offen ansprechen. Nachdem sie Herr Wilhelm Roenen „klar angefaßt“ haben soll, wie der Stadtvorordnete für Fraktionierung scheinbar beifällig und hat sich jetzt einem Besuch von zwei Damen gegenüber abweisen verhalten.

Vorher Dr. Ruffe erklärte zum Punkt 1:

Wahl des Oberbürgermeisters: Es liegen zwei Vorschläge vor. Der Ausschuss empfiehlt Wahl von Dr. Rive. Die Kommunisten schlagen Herrn Wilhelm Roenen vor. Die beiden Namen haben an der Tafel, damit kein Irrtum in der Schreibart der Namen entsteht.

Darauf wurde ein bürgerlicher und ein kommunistischer Stadtvorordnete als Stimmenszähler bestimmt, die ihr Amt mit einer eingehenden Prüfung der großen meißingnen Stimmzettel, die auf dem Bureauflisch thronen, begannen. Jeder Stadtvorordnete hatte einen Zettel und einen Umschlag bekommen und das Wahlgeld war herbeigeführt. In alphabetischer Reihenfolge wurden die Stadtvorordneten aufgerufen. 6.20 Uhr war es, als der Reigen mit dem Sozialdemokraten Abramowitz begann. Abgegeben wurden für Dr. Rive 38

Stimmen, für Dr. Behje 17, für den kommunistischen Kandidaten Wilhelm Roenen ein Fettel war unbeschrieben. Dr. Behje (Dem.) fehlte.

Ausschussmitglieder in der Hauptversammlung der Halle-KG. Die Ausschussmitglieder in der Halle-KG. wurden mit dem bürgerlichen und sozialdemokratischen Stimmen gewählt: in die Halle-KG. Stadtv. Wille, in die Halle-KG. Stadtv. Müller. Die Kommunisten machten bei allen diesen Wahlen gehörig Krach, klapperten mit den Fäustern und schimpften auf die SPD, die nach ihrer Meinung vom Biergarten „ihren Lohn“ bekommen habe. Dafür erhielten die Herren Spieß und Käutig Ordnungsrufe.

Zuletzt wurde noch gegen die Stimmen der Kommunisten die

Verlegung des Standesamtes Halle-Stad nach dem Gebäude der Stadtsparkasse am Riebeckplatz 3 beschlossen. Diese Verlegung macht sich notwendig, da die jetzigen Räumlichkeiten am

Halle als Hafenstadt

Mitteldeutsche Binnenschiffahrtsfragen

Vortrag von Prof. Dr. Heilmann im Wirtschafts- und Verkehrsverband

Halle, 28. Juni. (GA.)

Gestern abend sprach im Rahmen einer Mitgliederversammlung des hallischen Wirtschafts- und Verkehrsverbandes im Hotel Stadt Hamburg, Stadtbaurat Prof. Dr. Heilmann über das Thema: „Binnenschiffahrtsfragen für Halle.“

zunächst begrüßte der Vorsitzende des Vereines, Dr. Trause, die Ehrengäste und betonte in seinen Ausführungen, daß der hallische Wirtschafts- und Verkehrsverband auch im verflochtenen Geschäftsbereich sich eifrig bemüht habe, sich mit allen Fragen der Wirtschaft und des Verkehrs auseinanderzusetzen. Der Verband habe bei seiner Arbeit in diesem Jahre besonders die

Unterstützung des Magistrates

als sehr angenehm und fördernd empfunden, ohne sich ihm in seiner Tätigkeit irgendwie zu verwickeln. Der Verband habe sogar in einigen Fällen gegen die Stadt Äußerungen unternommen, letzten Endes auch nur wieder zum Wohle der Stadt. Als vornehmstes Gebot habe er sich gestellt, die

Abwägung zwischen einigen mitteldeutschen Großstädten und Halle

durch Anbahnung einer fruchtbringenden Zusammenarbeit zwischen diesen Städten zu überbrücken. Dann nahm Prof. Dr. Heilmann zu seinem Vortrag das Wort. Er führte zunächst das wirtschaftliche Schicksal der gesamten deutschen Binnenschiffahrt vor, die im

Verkehrswesen mit der Reichsbahn

nach dem Kriege zunächst ins Hintertreffen geriet, um dann wieder zum neuen aufzublühen, so daß heute wieder das alte Verhältnis 1:3 zwischen Binnenschiffahrt und Eisenbahntarif hergestellt ist. Heute kann man wieder sagen:

Die Ausbaue der Wasserstraßen, ohne ein Gebieten der Binnenschiffahrt ist kein Wägen der Gesamtwirtschaft möglich.

Der Vorteil der Schiffverladung ist ihre Billigkeit. Durch ein planmäßiges Zusammenwirken von Binnenschiffahrt und Eisenbahn lassen sich die für die gesamte deutsche Volkswirtschaft gezieltesten Ergebnisse erwarten. Die diesen Ausführungen, die die Binnenschiffahrt hat, wird die

Unzulänglichkeit des hallischen Sophienhafens

in seiner Lage und seinem technischen Ausbau als größte Benachteiligung des gesamten hallischen Verkehrs- und Wirtschaftslebens erachtet. Die Begriffe sind für den Reichsbahnverkehr und für den Frachtdienst. Außerdem bietet das Gelände des alten Hafens keinerlei Ausbaumöglichkeiten und vor allem keinerlei Anbaufähigkeiten von den unentbehrlichen industriellen Unternehmungen. Die Ausrichtungen dieser Nachteile haben sich

Rastfellerbau verlag.

Wegen nicht erfolgter Submission.

In der nichtöffentlichen Stadtvorordnetenversammlung am Donnerstag wurde das Projekt des Umbaus des neuen Rastfeller in einen Rastfeller nochmals verhandelt. Die sozialdemokratische Fraktion gab den Aufschub, daß die Frage der nicht erfolgten Submission der Benutzungsfrage des künftigen Rastfellers, gegen die Gewerbetreibenden und Gastwirte Einspruch erhoben hatten, angeklammert wurde. Auf Antrag des Stadtvorordneten Petzold wurde dann das Projekt bis auf weiteres vertagt, da erst die öffentliche Ausschreibung der Verpachtung der Wirtschaft erfolgen soll.

Mit diesem Beschluß bekommt die Firma Semwin, die die jetzigen Räume inne hat, nach anderen Fällen hätte die Firma mit dem Umbau nicht räumen müssen, was eventuell die Entlassung von 115 Angestellten zur Folge gehabt hätte.

Wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, sollen die Kommunisten im Magistrat dafür gesorgt sein, daß die Firma Semwin jetzt so zu räumen habe.

Steinweg 2 völlig anzureichend sind. 1900 zählte der Standesamtsbezirk Süd 90.000 Einwohner, heute über 140.000. Mehreren entfielen der Stadt durch die Umlegung 46239 qm an Wiese und etwa 8000 qm für bauliche Veränderungen und Inventarbeschaffung.

Während die Elbschiffen den Vorkriegsumschlag heute schon überschritten haben, hat Halle heute kaum die Hälfte des Vorkriegsumschlages erreicht.

obgleich das Hinterland Hallens in derselben Zeit eine blühende Entwicklung genommen hat. Die Halle ist für die Schiffahrt nicht zu klein. Ja gerade der Schiffverkehr in kleinen Wasserstraßen ist vorteilhafter, da der Verkehr ohne Umloadungen in kleineren Wasserstraßen vor sich gehen kann. Auch der niedere Wasserstand der Halle ist kein Hindernisgrund. Die Halle findet auch im Winter wegen ihres Salzgehaltes schwerer als andere Flüsse zu. Durch ganz neu zu bauende Anlagen wird eine Verbesserung des Salzgehaltes geschaffen, so daß wir praktisch das ganze Jahr hindurch einen ungefähren gleichbleibenden Wasserstand haben. Die wahren Ursachen des Niederganges des hallischen Sophienhafens sind nicht diese, sondern die weiter oben angeführten!

Nur ein freier Verkehr mit dem Saale-Schiffahrt vor dem Erlöschen retten,

und deshalb wurde die Mitteldeutsche Hafen KG gegründet, die im Begriff ist, sich in Halle einen Hafen zu schaffen, der die gesamte mitteldeutsche Wirtschaftsgüter durch eine billige Schiffahrt mit den anderen Teilen Deutschlands und der Welt zu verknüpfen sucht. Die rein ledigliche Durchführung der neuen Pläne vor nicht das Schlimmste. Hieraus werden ergeben, die Zugangstraßen gepflastert, die Anschlußgleise gelegt. Der Ausbau schreitet rüstig fort. Beschlossen ist der Bau von weiteren Speichern, der

Van eines Hafensaltshofes

mit einer Tankstelle für Kraftwagen. Schwieriger ist, dem neuen Hafen wirtschaftliches Leben einzubringen. Es gilt, hier die Schiffahrtsgesellschaften zu interessieren. In einem Fall ist das bereits gescheit.

Durch das Vorhandensein des neuen Hafens fallen dem Halle die Hinterland Güter nicht völlig erschlossen. Halle, bisher Eisenbahn-Notenpunkt, wird durch diesen Hafen auch zu einem

Knotenpunkt der mitteldeutschen Binnenschiffahrt.

Eine gute Umschlagmenge ist bereits gesichert. Durch den Ausbau des Sophienhafens Mitteldeutschlands wird der neue hallische Hafen am vollends zu einem Haupthafen im mitteldeutschen Distrikt. Durch den Bau der Behälter konnte dann auf Kraftwagen eine schnelle und billige Überführung der Fracht vom Hafen Halle nach Leipzig möglich gemacht werden. Anders sieht es mit Halle aus, es hat bisher immer gegen den Ausbau des Sophienhafens des Mitteldeutschlands gearbeitet. Der Waldarbeiter Hafen hat aber nur für die Industrien der Stadt selbst eine größere Bedeutung. Bei seiner Lage und bei einem weiteren Ausbau konnte der hallische Hafen für den mitteldeutschen Schiffahrtverkehr eine viel bedeutsamere Rolle spielen.



Oberbürgermeister Dr. Rive.

Stimmen, für Wilhelm Roenen, der jetzt in allen mitteldeutschen Kommunen kandidiert, 17 Stimmen, unbeschrieben war ein Fettel. Da ein Mandat erledigt ist — wie gestern erklärt wurde —, zählt die hallische Stadtvorordnetenliste noch 57 Mitglieder. Davon ist die Zweidrittelmehrheit 38. Dr. Rive ist also mit haarscharfer Genauigkeit wiedergewählt worden. Die Kommunisten besaßen das, es wird ihnen aber nicht fehlen.

Als zweiter Punkt der kurzen Tagesordnung folgte die Wahl von Mitgliedern in der

Aufsichtsrat der Werke der Stadt Halle K.G., die in der letzten Sitzung verlegt worden war. Es wurden folgende acht Stadtvorordnete mit dem Stimmen der Ordnungsbüros und der Sozialdemokraten gewählt: Minner, Schüke, Dr. Schütz, Hoffmann, Starke (Bürger), Abramowitz, Färberfeld, Ridel (Ges.). Die Kommunisten präsentierten jeweils eigene Kandidaten, natürlich nur zu Agitationszwecken, um die

Gewerkschaften und Hochschulgängend

Ein hallischer Arbeiter spricht in der Marburger Universitätsaula

Auf Deutschlands hohen Schulen sieht es nicht erdlich aus. Magister, deren Zeit vorstark unter der Erde liegt, haben einen viel zu starken Einfluß auf Geist und Herz der akademischen Jugend. Systematisch haben die Förderer des alten Regimes die Hochschulgängend — abgesehen natürlich von ihrem republikanischen und sozialistischen Hügel — in eine scharfe Frontstellung zur Arbeiterschaft hineintreiben versucht. Das war ein Verbrechen an der Jugend; denn sie muß sich ja schließlich doch mit dem Leben der neuen Zeit abfinden. Sie muß im späteren Leben die Wege für die durch veraltete Professoren künstlich geschaffene Entfremdung von der Arbeiterschaft jählen.

Die Hochschulgängend braucht Verführung mit der Arbeiterschaft.

So notwendig wie das liebe Brot, Jugend gehört zu Jugend, und die moderne Arbeiterbewegung ist nun einmal die Jugend dieses Zeitalters. Eine neue Welt entsteht unter den Händen der Arbeiter politisch und sozial. Die deutsche Hochschulgängend muß die Arbeiterwelt kennenlernen. Sie kann nicht mit Scheuflappen herumlaufen; sie muß sich auch über die große Kulturbewegung des Arbeiteraufstiegs ein eigenes Urteil bilden. Unerschütterliche zeigen sich immer mehr Symptome, daß die Hochschulgängend auch den Willen hat, sich nicht aus über die Arbeiterbewegung zu orientieren, aus erster Hand sich Aufklärung zu verschaffen und nicht aus den alten Kompendien der Marxistenliteratur. So fand dieser Tage in der Aula der Marburger Universität im Auditorium Maximianum eine überaus interessante Veranstaltung statt, in der Dr. K. K. vom Bundesvorstand des DGB, ein in Halle im besten akademischen Alter, der Arbeiterschaft hervorragender Gewerkschaftsfunktionär, über Wesen und Wirken der deutschen Gewerkschaften einen fast zweistündigen Vortrag hielt, dem die Verammelten mit höchlichem Interesse folgten.

Das Marburger Beispiel sollte auch an anderen deutschen Hochschulen Nachahmung finden. Die heranwachsenden Akademiker sollten sich endlich einen ordentlichen Hund geben und aus der bisher geübten, aber bei vielen schon längst innerlich nicht mehr recht gemollten Erbschaft der akademischen und mit den Arbeiterkreisen Verbindung suchen. Die Studierenden können unmöglich an der Arbeit der Gewerkschaften länger achtlos vorübergehen.

Aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben Deutschlands sind die Gewerkschaften mit ihren mehr als 7 Millionen Mitgliedern nicht mehr auszuscheiden. Die Gewerkschaften sind die stärksten Stützpfeiler der Republik; sie sind zu Trägern der sozialen Politik herangewachsen. Im steigendem Maße nehmen sie Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaft, und damit beeinflussen sie entscheidend das gesamte Volksleben. Die Vertreter der Gewerkschaften kommen bei ihrer Arbeit fortgesetzt mit akademischen Kräften in unmittelbare Berührung, so mit den Ärzten, Verwaltungsbeamten, Volkswirtschaftlern und ganz besonders mit den Juristen in der Arbeit und sonstigen wirtschaftlichen Rechtssprechung.

Eine genaue Kenntnis vom Wesen der Gewerkschaften steht ein Akademiker nicht in seiner Berufsarbeit hilflos da. Die Studierenden sehen das auch selbst mehr und mehr ein. Da aber im eigentlichen Universitätsstudium noch immer von der neueren sozialen Entwicklung kaum Notiz genommen wird, müssen sie zur Selbsthilfe greifen und sich außerhalb des Studienganges in die Arbeit der Gewerkschaften und in die Gewerkschaftswissenschaft — so etwas gibt es bereits — begeben.

Doch dominiert auf den Hochschulen ein der deutschen Republik und der Ideen der Gewerkschaften abgekehrter Geist. Vorwiegend wird immer wieder unter den Studierenden eine arbeitserfeindliche Stimmung erzeugt. Die Studenten sollen in den obrigkeitlichen und den damit verbundenen, aus der Vorkriegszeit hinreichend bekannten, unsocialen Zuständen das ererbte Stereotyp Ziel erbilden, und dieses Ziel soll durch aktive Mittel der jenseit rechtsgerichteten Studentenorganisationen erreicht werden. Zu diesem Zweck ist ein erheblicher Teil der Studierenden für den Stabilismus und andere aktive Rechtsverbände „geleitet“ worden. Trotz dieser im allgemeinen feindseligen Haltung, eines großen Teils der Hochschulgängend gegenüber der Arbeiterschaft regt sich jedoch in ihr auch neue Kräfte, die aus dem Bereich der abtundenden Studentenromantik herauszuwachen. Es wäre schon ein großer Fortschritt, wenn sich diese Kräfte mehr als bisher durchsetzen könnten, denn wenn dabei zunächst auch weiter nichts erreicht würde, als daß sich die Gewerkschaften häufiger mit ununterrichteten Gegnern herumschlagen können, so wäre schon viel gewonnen.

Nicht rückwärts schauen, sondern den Blick auf Gegenwart und Zukunft gerichtet, so nur werden Akademiker und Gewerkschaften dem Volk einen Dienst erweisen. W. K.

Antrag vom Verbandstag anerkannt; dem Vorstand wird das Vertrauen des Verbandes ausgesprochen. Ein Antrag Königberg, der sich für das Sondervergehen des Brandenburger Maschinenvereins einsetzt, wird abgelehnt. Einmütig angenommen wird ein Antrag, der sich gegen eine Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung wendet.

Die Frage der Wirtschaftspolitik im Rahmen des demokratischen Gegenwartsstaates wurde auf der Tagung von dem preussischen Landtagsabgeordneten Prof. H. H. in einem instruktiven Referat behandelt. H. H. führte aus: Früher kämpften die Gewerkschaften nur in der gesellschaftlichen Sphäre, heute im Rahmen des demokratischen Staates für die Wirtschaftspolitik. Der Staat hat dem Sozialkapitalismus bereits wichtige Wirtschaftskomplexe entzogen. Der Kapitalismus kann die modernen Wirtschaftsprobleme nicht mehr lösen. Er verlagert bei der Beschaffung von Arbeitsraum für zwei Millionen Arbeitssitze. Die Entwicklung

von Klassenstaat zum Körperchaftsstaat wird immer deutlicher sichtbar. Heute gibt es staatliche Lohnregulierungen, staatliche Kontrollämter, staatliche Arbeitsvermittlung usw. Der Staat ist nicht mehr nur ein Kontrolleur der Bourgeoisie, sondern ein Gemeinwesen, dessen Zwecksetzung das Wohlfühlen des Volkes vorliegen soll.

Eine Ausprache über das Referat der Verhandlungen wurden von Viehoff (Berlin), Thiem (Jena), Dertelt (Chemnitz), May (Düsseldorf) verschiedene brennende Fragen und Karten der Sozialversicherung erörtert, so z. B. das Problem der Senkung der Invaliditätsgrenze, die Sicherung des Selbstverwaltungsrechts der Krankenkassen, der komplizierte Finanzwesen im Kampf um die Rente. Immer noch werden, wie Größig (Münster) betonte, invalide Menschen auf Grund gesetzlicher Mängel als erwerbsfähig bezeichnet, die dann im Arbeitsprozess verfallen oder überhaupt keine Tätigkeit finden können.

Verbandstag der Kupferindustrie Einführung der Invalidenunterstützung.

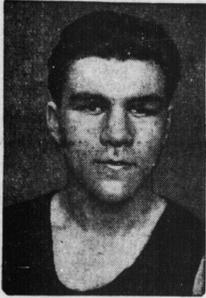
Hannover, 28. Juni. (Eig. Bericht.) Die Generalversammlung der Kupferindustrie in Hannover entschied sich für Einführung der Invalidenunterstützung. Die Generalversammlung der Kupferindustrie in Hannover entschied sich für Einführung der Invalidenunterstützung. Die Generalversammlung der Kupferindustrie in Hannover entschied sich für Einführung der Invalidenunterstützung.

vorhanden sollten die Erwerbsfähigen nach 10jähriger Mitgliedschaft 20 RM, pro Monat, nach 20jähriger 30 RM, und nach 40jähriger den Höchstbetrag von 40 RM pro Monat erhalten. Dafür hätten die Mitglieder notwendig 50 RM Beitrag zu zahlen. Der Beitrag sollte vom 1. Oktober 1930 an gezahlt werden.

In der Aussprache wurde allgemein die Notwendigkeit der Invalidenunterstützung durch den Verband anerkannt. Die Anträge des Hauptvorstandes wurden mit der Annahme angenommen, daß nach 600 Beitragswochen monatlich 30 RM, nach 1040 30 RM und nach 2000 Beitragswochen nach dem Antrag des Zentral-40 RM gezahlt werden.

Schmeling siegt

Paolino nach Punkten geschlagen



Schmeling, Neuhort, 27. Juni. (WZB.) Bei dem im Panke-Stadion angetragenen Schwergewichtskampf zwischen dem Deutschen Max Schmeling und dem Spanier Paolino Acubas siegte der Deutsche überlegen nach Punkten. Neun Runden waren für Schmeling, drei für Paolino, drei waren ausgefallen.

Paolino, Neuhort, 27. Juni. (WZB.) Bei dem im Panke-Stadion angetragenen Schwergewichtskampf zwischen dem Deutschen Max Schmeling und dem Spanier Paolino Acubas siegte der Deutsche überlegen nach Punkten. Neun Runden waren für Schmeling, drei für Paolino, drei waren ausgefallen.

Schmelings großer Sieg.

Die der Neuhorter Senfkorrespondent des WZB-Sportbüros berichtet, begann sich das Panke-Stadion in Neuhort schon lange vor Beginn der Kämpfe zu füllen, selbst auf den Dächern der umliegenden Häuser hatten sich Tausende von „Jugendfreunden“ eingefunden. Um halb 9 Uhr ist der große Moment gekommen. Schmeling tritt als erster den Ring und wird von etwa 40 000 Zuschauern

fest in sich zusammenfaßt und von seinen Schaulustigen in seine Ecke gezogen wird. Am Ende des Kampfes ist Paolino vollkommen hilflos, kann sich aber bis zum Schlußzeit retten. Damit hat Schmeling die letzte Wunde auf dem Wege zur Weltmeisterschaft überstanden.

triumphisch begrüßt, gleich darauf erscheint auch Paolino, von der Menge weniger bedacht. Die beiden ersten Runden führt sich Schmeling, der Paolino zur Verteidigung drängt, damit aber beim Publikum wenig Jubelstöße erzeugt. So daß schon einige Schwere lebendig werden. Paolino führt sich in den folgenden Runden der Kampfweise des Deutschen anzuweisen und führt sich besonders den Nahkampf aufzugeben, um so besser das Manövrier seiner Reize mehr auszuweichen zu können. Die neue Löffel wird von Erfolg begleitet. Er kann Schmeling zu weitgehenden Mäßen an die Seite drängen und manchen guten Treffer anbringen.

Belonders kritisch verläuft die 5. Runde, in der Schmeling gegen Schluß die Nase des Gegners leicht zum Wanken gebracht hat. In den folgenden Runden wird der Kampf immer lebhafter. Schmeling eröffnet ein wahres Trommelfeuer auf seinen Gegner, muß aber auch bald einstecken. Der Paolino scheint förmlich aus Eien. Erst nach der 9. Runde machen sich bei dem Paolino allmählich die Strapazen der vorangegangenen Runden bemerkbar, zumal Schmelings Arbeit in seinem Gesicht deutliche Spuren hinterlassen hat und

Der Kopf nur noch ein gelbliches Masse bildet. In verdorrter Haut führt er beim Glockenzeichen zur 11. Runde auf seinen Gegner

Deutsche Bormiederlage in Italien.

Lurin, 27. Juni. (WZB.) Bei dem heute abend hier angetragenen Kampf um die Europameisterschaft im Halbfliegengewicht siegte der Italiener Magliola Sogaglio (Italien) über den deutschen Meister Otto Müller (Dän) in der vierten Runde durch Niederlage. Müller bekam bereits in der dritten Runde durch einen regelwidrigen Knieaufschlag vom Ringrichter eine Gehaltsstrafe von einer Minute, angeblich. Darauf dürfte die Niederlage zurückzuführen sein.

Der Buchdrucker-Verbandstag in Frankfurt am Main

Festigung des Verbandsgedankens - Schlichtung - Körperchaftsstaat

Die große Aussprache über den Gesellschaftsrecht der Bewegung des Deutschen Buchdruckerverbandes in Frankfurt a. M. zeigte die Kameradschaftlichkeit und Willen zu aufbauender Kritik. Die Gegensätze wurden mit Ruhe und Sachlichkeit angetragen. Die Aussprache brachte eine wesentliche Festigung des Verbandsgedankens und der organisatorischen Kraft der Buchdruckerbewegung.

Kreißler (Berlin) verteidigte die Haltung des Brandenburger Maschinenvereins in der Frage der Sonderunterstützung der Maschinenleger. Sie liege zur Abwehr des Lohnrückfalls der Unternehmer vorgenommen worden und nur eine vorübergehende Kampfmaßnahme gewesen. — König (Halle): Die Maßnahmen des Brandenburger Maschinenvereins stellen eine Verletzung der Eingetragenen des Verbandes dar. Wenn den Forderungen der Mitglieder auf dem Kongress entgegengetreten werden müsse, dann könne das nur geschehen. Der Verbandstag müsse deshalb einen klaren Beschluß fassen, der alle Teile bindet, und die Parteien dürfen nicht Sonderpolitik treiben. — H. H. (Hannover): Die Einstellung der Parteien liegt nicht unbedenklich; ihnen gegenüber müsse im Interesse der Gesamtorganisation ein Rahmen gezogen werden. — Niemann (Berlin): Trotz der Lohnkürzungen der Opposition ist die Geschlossenheit des Verbandes erhalten geblieben. Mit der Schlichtungsformung sei niemand zufrieden; sie könne jedoch im Interesse der wirtschaftlich schwächeren Arbeitergruppen nicht entbehrt werden. — Rein (Stuttgart): Nur die Schlichtungsformung sei es zu verkennen, denn die schwere Krise des letzten Winters nicht zu einer allgemeinen Senkung geführt habe. — Fette (Duisburg): Die Parteien dürfen sich nicht so einrichten, als ob sie selbständige Gebilde seien. Sie hätten sich auf ihre inneren Angelegenheiten zu beschränken. Die Buchdrucker könnten ihren Teil auf die soziale Schlichtung bringen, sie seien jedoch nicht

allein die Gewerkschaftsbewegung. Die Haltung des Vorstandes bei der Tarifbewegung im Frühjahr 1928 sei einwandfrei gewesen. Nachdem sich Reihner (Königsberg), Prof. (Berlin), Kröb (Wörth) und Dertelt (Chemnitz) zur Parteienfrage geäußert hätten, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Der Verbandsvorstand sprach betonte in seinem Schlußwort, daß die Politik des Verbandes natürlich nicht auf alle Zeit, so nicht einmal für den Verlauf einer Bewegung festgelegt werden könne. So habe das Zweckmittel der Tarifkämpfe im März 1928 angenommen werden müssen, als es erfolgversprechend schien. Man habe dann die Klärung wieder zurücknehmen müssen, als der Arbeitsminister unter dem Druck der ungünstigen Wirtschaftslage den Schlichtungsplan für verbindlich erklärte. Der Verband sei vor die Frage gestellt gewesen, ob er das Schlichtungsplan bei den Parteien stellen solle oder nicht. Er könne jedoch kein Interesse daran haben, ebenso wie die Unternehmer die Beschlichtung der Schlichtungsplan zu fordern. Die Wahlen des Schlichtungsausschusses zu Gunsten der Arbeiter sei notwendig. Das Vorhaben der Königsberger Kollegen sei ebenfalls ein gefährliches Experiment gewesen. Kraus beleuchtete hierauf nach Begründung des Standpunktes des Vorstandes in der Frage des Vertrauens, die Tätigkeit der Mitglieder selbst daran schuld, weil sie sich oft zuviel gefallen lassen oder sich nicht genügend an der Verwirklichung beteiligten. Die Verantwortlichkeiten hätten im Verband erstensvermehrt nicht bürden lassen können; Einzelnheit und Geschlossenheit seien ungenügend, da die übertragene Maßnahme der freizorgierten Buchdrucker nicht, daß nur einig und geschlossen dem Unternehmen erfolgreich entgegengetreten werden können.

Die Tätigkeit des Vorstandes wird nach Beschluß der Beratungen über den Geschäftsbericht durch einen einstimmig angenommenen

(200) und Dr. Landsberg (Soz.) Landsberg vertrat im Gegensatz zu den beiden bürgerlichen Parteien den Standpunkt, daß Gesetz sich nicht verfassungsmäßig ändern dürfe. ...

Keine Fühlung zwischen Eltern und Kindesseele

Die Tragik des jugendlichen Mörders Manasse Friedländer

Am Donnerstag, dem zweiten Verhandlungstag in dem Wirtschafspalast gegen Manasse Friedländer wurde der ungarische Schriftsteller Dr. Fröhles, Vater des erschlagenen Freundes von Woldemar Friedländer, als Hauptzeuge vernommen. ...

die Eltern im Gehöft. In Rußland konnte sich die Frau vier Diensthöten halten; ein Hausführer wuschelte mit dem anderen ab. ...

Blind bei den Mädchen. Eine Freundin seiner Damals fünfzig Jahre alten Schwester, die er gegen die übrigen Nachbarn Woldemars und Thors in Schutz nahm, dachte es ihm nicht: ...

Die Wirtschafspartei wäre nicht nötig, wenn die Kommunisten für das Republikanismus stimmen würden. Diese aber sind für einen Schutz der Weiblichkeit ...

In der Plenarsitzung wurde inzwischen die dritte Beratung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages erledigt. Der sozialdemokratische Abgeordnete ...

Die Eltern haben, wie so oft, den Jungen weniger gekannt als Kutschensche. Sie haben sich durch die Schredensität vom 24. Januar vollkommen übersehen lassen, während der alte Fröhles das Unglück kommen sah und um Manasse ...

Manasse Friedländer hatte die Gabe, sich überall besonders unerschrocken zu machen. Er konnte eine ungewöhnlich stark entwickelte Sexualität ...

Der Angeklagte Manasse Friedländer, vor ihm Anwalt Rechtsanwalt Dr. Brandt.

Im weiteren Verlauf der Debatte machte der Demokrat ... die Sozialdemokraten und den Sozialdemokraten anzuregen, daß die Befreiung einbarung zu dem deutsch-französischen Handelsvertrage ...

Die phantastische Rettung des Atlantik-Überquerers Paul Müller

Report, 28. Juni. (WZ.)

Der Deutsche Paul Müller, der in einem kleinen Segelboot den atlantischen Ozean von Hamburg nach Florida überquerte und an der amerikanischen Küste unweit Charleston Schiffbruch erlitt, ist nunmehr in Charleston ...

brand, geriet in die Brandung und gesalzte. Da keine Hilfe kam versuchte Müller, sich hin und um etwa 10 Kilometer entfernte Johnsland zu erreichen, auf der er ein Gas bezieht. ...

Ein Liebesdrama

In Genf stellte sich eine Frau der Verdammnis der Selbstbestrafung, ihren Liebhaber erschossen zu haben. Die Genärrinnen fanden den Mann auf dem Bett, durch einen Schuß in die Schläfe getötet. ...

Ein Lohn.

Der vor einiger Zeit wegen seiner Teilnahme an der Berliner Rundfunk-Entführung abgeurteilte Kommunist Dr. Karl Frank hat jetzt in der SPD das gleiche Schicksal vieler Oppositioneller vor ihm erfahren. ...

Auswirkungen des Paragraphen 218

Vor dem Schwurgericht Stabe stand die 40jährige Frau eines Landarbeiters aus Döllau unter der Anklage des Vergehens gegen Paragraph 218 StGB. Sie wird beschuldigt, im vergangenen Jahre 1928 in 10 Fällen eine Frucht im Mutterleibe durch Abtreibung gegen geringes Entgelt getötet zu haben. ...

von denen freilich einige nicht am Leben geblieben sind. In ihrer großen Not wandte sie sich vor acht Jahren an einen Arzt mit der Bitte um Abtreibung. Der Arzt lehnte jedoch ihr Erluchen ab, die Empfangnisfähigkeit zu beseitigen. ...

Verzweigungstakt eines Wädchens.

Bei Genf sprang ein 16jähriges Mädchen in die Rhone. Sie wurde jedoch gerettet. Ihre Knaben führten zur Befreiung eines Bauern, bei dem sie seit einer Woche in Stellung gewesen war. ...

Ein ostpreussischer Domänenstempel

Ein großer Teil der ostpreussischen Staatsdomänen unterliegt — wie die „Preussische Postzeitung“ berichtet — einem Herrn Bensch, der die Domänen durchgängig unmittelbar verwaltet und als Oberverwalter die Aufsicht über ein halbes Dutzend weiterer Domänen führt. ...

essen und auf dem Speicher muffig geworden einmal hat Bensch einen Arbeiter, der 30 Jahre auf der Domäne tätig ist und wegen einer Unfallverletzung nur ein ganz minimales Einkommen hat, zum Stundenlohn einen Pfennig zugewiesen, damit er sich nicht an Wohlstandsgelüste zu wenden braucht. ...

Der Brief gegen einen Minister. Im Auftrage der Reichsregierung hat ein Minister die Kommunalverhältnisse nach einem Minister Schott, der früher bei der Staatskontrolle tätig war. ...

Ein Liebesurteil. Das Meiningener Schwurgericht verurteilte am Donnerstag den 34jährigen Wassermeister und Rechtsanwältin Karl Schaffner wegen Mordes zum Tode. Der Angeklagte — ein verheirateter Mann und einarmiger Invalid — hatte in einer Gelmittelschiff am Atlantik den Gemeinderatsvorsitzenden ...

Josef Wauters schwer erkrankt. Der frühere sozialistische Arbeitsminister und politische Leiter des „Peupler“ Josef Wauters, ist seit mehreren Monaten schwer erkrankt. ...

